SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Frühling kommt mit großen Schritten, die Krokusblüte ist da und die Osterglocken zeigen schon vereinzelnd gelbe Blüten. Die ersten warmen Sonnenstrahlen locken für einen ausgedehnten Spaziergang.

Der Kreisverband ist gut ins neue Jahr gestartet. Der Neujahrsempfang der Kreistagsfraktion und des Kreisvorstandes im Kreishaus in Schleswig war ein voller Erfolg, woran viele Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben. Besonders beeindruckend war die Rede von Olaf Scholz, dem ersten Bürgermeister der Freien- und Hansestadt Hamburg.

In den ersten Monaten des Jahres habe ich als Kreisvorsitzender viele Jahreshauptversammlungen der Ortsvereine besucht. Für uns ist es wichtig, mit den Mitgliedern vor Ort ins Gespräch zu kommen und die Anregungen der Mitglieder aufzunehmen. So können wir die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern, Ortsvereinen und dem Kreisverband verbessern.

Die Vorbereitungen für die Findung von Kandidatinnen und Kandidaten der beiden Landtags-Wahlkreise im Kreis Schleswig-Flensburg und dem Landtags-Wahlkreis Schleswig-Dithmarschen für die Landtagswahl 2017 als auch für den Bundestagswahlkreis für die Bundestagswahl im Jahr 2017 sind in vollem Gange. Die Ortsvereine sind angeschrieben worden und Bewerbungen nimmt der Kreisverband bis zum 31. März 2016 an. Danach organisiert der Kreisverband Vorstellungsrunden. Für den Landtags-Wahlkreis Schleswig-Dithmarschen ist die Vorstellungsrunde am 20. April 2016 vorgesehen.

In diesem Jahr findet der ordentliche Kreisparteitag am 18. Juni 2016 in Treia mit Neuwahl des Kreisvorstandes statt. Die Ortsvereine werden gebeten, Delegierte zu melden. Jeder Ortsverein entsendet je angefangene 20 Mitglieder eine/einen Delegierten. Der Kreisparteitag wird unterbrochen durch eine Sitzung der Kreisdelegiertenversammlung zur Wahl der Delegierten für die Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl 2017. Auch für diese Versammlung bitten wir um Delegiertenmeldungen.

Noch ein Herzenswunsch von mir. Bei meinen Besuchen in den Ortsvereinen ist es mir aufgefallen, dass das Thema Flüchtlinge immer wieder angesprochen wurde. Bitte unterstützt diese Menschen, die vor Krieg und Terror ihre Heimat verloren haben, sprecht mit den Menschen über ihre Ängste und Nöte. Diese Menschen benötigen unseren Schutz. Beachtet bitte, dass für Menschenfeindlichkeit, Hass und Gewalt kein Platz in unserer Demokratie ist.

Ich wünsche euch allen eine schöne Osterzeit, genießt die Frühlingssonne mit einem schönen Spaziergang in unserem wunderschönen Kreis.

Allen eine schöne Osterzeit,

Euer Ralf Wrobel
Kreisvorsitzender

In eigener Sache
Informationen zum Kreisparteitag am 18. Juni in Treia

Gerhard Schulz vom Kreisbüro Schleswig wird seine Kur ab dem 10. Mai 2016 antreten.

Alle Ortsvereine werden gebeten, Anträge und Delegiertenmeldungen für den Kreisparteitag an das Kreisbüro in Schleswig bis zum 9. Mai 2016 über E-Mail Gerhard.Schulz@spd.de zu schicken. Nach dem 10. Mai nimmt Anne Marxen die Anträge und Delegiertenmeldungen über ihre E-Mail-Adresse anne.marxen@t-online.de entgegen.

Das gleiche gilt für Bewerberinnen und Bewerber für die Neuwahl des Kreisvorstandes.

SPD KV-INTERN

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg verurteilt Anschläge auf Flüchtlinge

Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg verurteilt aufs Schärfste den feigen, menschenverachtenden Brandanschlag in der Nacht von Donnerstag auf Freitag dem 03.03.2016 in der Bahnhofstraße im Friedrichsberg in Schleswig, wo in einer Wohnung eine syrischen Familie untergebracht wurde.

Die Täter kippten eine brennbare Flüssigkeit von außen gegen die Fensterscheibe im Erdgeschoss und zündeten diese an. Es ist alleine dem Zufall zu verdanken, dass die Flammen so frühzeitig entdeckt worden sind, sodass sich das Feuer nicht weiter ausbreiten konnte. Den Brand löschte die syrische Familie eigenständig mit Decken.

Dieser Angriff demonstriert auf bedrückende Weise, dass es kaum noch einen Flecken in der Bundesrepublik gibt, der im Augenblick nicht von rassistischen Angriffen betroffen wäre. Am 11. März wurde eine Frau in einer Flüchtlingsunterkunft in Flensburg durch einen Reizgasanschlag verletzt und einige Wochen vorher wurden auch in Flensburg Flüchtlinge Opfer von fremdenfeindlicher Gewalt. Die Täter waren dabei so skrupellos, eine chemisch-ätzende Flüssigkeit in das offene Duschfenster zu kippen, während sich Menschen aus Syrien dort wuschen. Erst wenige Wochen zuvor brannte in Folge eines Anschlages eine als Flüchtlingsunterkunft vorgesehene Wohnung in einem Flensburger Stadtteil aus. Die Absichten der Täter richten sich also immer gewissenloser und mörderischer gegen die Flüchtlinge, deshalb sollten sie nicht länger bloß als eine Art „Warnsignal“ von angeblich „besorgten Bürgern“ und so genannte „Asylkritikern“ verstanden werden – wie sich diese Menschenfeinde selbst gerne titulieren – sondern als direkte Hass-Verbrechen und Mordanschläge, die von absolut enthemmten und gewissenlosen Tätern begangen werden!

Auch in jüngster Vergangenheit wurde die betroffene syrische Familie, die erst seit November 2015 in Schleswig wohnt, Opfer von rassistisch motivierter Gewalt: Nach Recherchen von sh.z und NDR wurden bereits Feuerwerkskörper in die Wohnung geschmissen, und ‚Sieg-Heil‘-Rufe und andere Parolen vor dem Wohnhaus gebrüllt.

Als geistige Brandstifter von rassistischen Pogromen und Hass-Verbrechen sind bei weitem nicht mehr alleine die nationalsozialistischen Mordbrenner der NPD beteiligt, sondern auch die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ (AfD) und die völkisch-rassistische PEGIDA-Bewegung. Insbesondere der Kreisverband Flensburg-Schleswig der AfD macht aus seiner dreisten rechtspopulistischen und kulturrassistschen Grundhaltung keinen Hehl. So teilen sie auf ihrer Facebook-Seite unverblümt Artikel der rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit“, beziehen sich positiv auf das verschwörungstheoretische, antisemitische Magazin „Compact“ und hetzen in bester NPD-Manier gegen Flüchtlinge und nichtchristliche Glaubensbekenntnisse. Es verwundert nicht und passt sehr gut zu dem nach Rechtsaußen verorteten Selbstverständnis dieser Rassisten in Nadelstreifen, dass der Kreisverband der AfD zum Brandanschlag noch kein einziges Wort verloren hat.

Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg setzt sich für eine lückenlose Aufklärung solcher menschenverachtenden Vorfälle ein. Der Kreis Schleswig-Flensburg wird aufgefordert, ein nachhaltig wirkendes Schutzkonzept für Flüchtlinge im Kreis Schleswig-Flensburg unter Einbeziehung der FlüchtlingshelferInnen zu entwickeln. Eine breit angelegte Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung im Kreisgebiet ist das Gebot der Stunde.

Rassismus und feige rassistische Überfälle sind kein Standpunkt, sondern die Vorstufe zum Pogrom!

SPD Schleswig-Flensburg unterstützt den breiten Protest gegen die AfD

Ein breites „Bündnis für einen bunten Norden“ von Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinnen und Bürgern traf sich am Sonntag, den 13. März in Eggebek, zu einem friedlichen Protest in Eggebek, um gegen die Absicht der AfD zu demonstrieren, die in einer Disco in Eggebek zu einer Wahlveranstaltung aufgerufen hatte.

SPD KV-INTERN

Der Besitzer der Disco untersagte in letzter Minute diese Veranstaltung.
Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg hat mit ihren Mitgliedern diesen friedlichen Protest in Eggebek unterstützt. „Für Menschenfeindlichkeit, Hass und Gewalt ist kein Platz in unserer Demokratie. Es lohnt sich für Demokratie und Menschenrechte auf die Straße zu gehen“ so Ralf Wrobel, Kreisvorsitzender Schleswig-Flensburg. „In Eggebek sind Flüchtlinge untergebracht, die vor Krieg und Terror geflüchtet sind und diese Menschen benötigen unseren Schutz“ so Wrobel weiter.

Anne Marxen
SPD-Kreisvorstand

Tipps für Jubilarehrungen

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg bittet die Ortsvereine um rechtzeitige Bestellungen von Urkunden und Nadeln für Jubilarehrungen im Kreisbüro bei Gerhard Schulz, die der Kreisvorstand aufgrund eines Beschlusses kostenlos zur Verfügung stellt.

Es wäre auch hilfreich, wenn die Ortsvereine die Namen der zu Ehrenden an das Kreisbüro in Schleswig meldet, damit auch diejenigen nicht vergessen werden, die zum Beispiel Mandate in der Kreistagsfraktion hatten.
Die Redaktion

Gelungener Neujahrsempfang des KV Schleswig-Flensburg

Der diesjährige Neujahrsempfang des Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion Schleswig-Flensburg im Kreistagstagsbäude in Schleswig stand unter dem Zeichen des friedlichen Miteinanders in einer Zeit von großen Herausforderungen zur Bewältigung der Not von Menschen, die infolge von Krieg und Verfolgung zu uns gekommen sind.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel zeigte sich in der Begrüßung sehr erfreut über die über 130 Gäste des Neuempfangs, die der Einladung des Kreisverbandes gefolgt waren. Ralf Wrobel hob besonders diejenigen hervor, die sich in den Gemeinden ehrenamtlich politisch einsetzen und auch die vielen Ehrenamtlichen, die sich aufopferungsvoll für Flüchtlinge engagieren. Er betonte aber auch, dass ein Neujahrsempfang eine gute Gelegenheit zum Austausch sei.

Als Gastredner brillierte der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Olaf Scholz mit einer eindrucksvollen und freien Rede. Der Schwerpunkt seiner Rede stand unter den Herausforderungen in Europa, die Menschen zu schützen und aufzunehmen, die vor Krieg und politischen Konflikten zu uns gekommen sind. „Wenn es die EU nicht gäbe, würden die betroffenen Aufnahmeländer in Europa sich nicht um die Probleme kümmern“ so Scholz. Gerade in dieser schweren Zeit müssten sich alle darauf besinnen, wie wichtig die Errungenschaften und Werte seien wie Frieden, Demokratie, Freiheit und Freizügigkeit in Europa zu schützen und bewahren. Dies gelte sowohl für Arbeitnehmer/innen als auch für die Wirtschaft. Grenzüberschreitende Verbindungen in Europa seien wichtig.

Gerührt und bewegt zeigte sich Olaf Scholz über die große Hilfsbereitschaft der vielen Menschen, die sich für die Flüchtlingshilfe engagieren. Er

SPD KV-INTERN

lobte aber auch die Leistungsfähigkeit der Ämter. Für diejenigen, die bleiben möchten, gilt es eine Integrationsperspektive zu finden nach dem Motto „Persuit of Happyness“ (Hoffnung auf Glück)“ so Olaf Scholz und beendete seine Rede mit der Aussage „Wir müssen tapfer in die Zukunft blicken“.

Die Akkordeonspielerin Bianca Brüdgam erntete viel Applaus für ihre musikalischen Unterhaltung, einem Mix aus Tango, syrischer Volksmusik und internationalen Volkstänzen.

In Vertretung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ingo Degner, der wegen einer anderen Terminverpflichtung verhindert war, sprach Karsten Stühmer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, abschließend seinen Dank an diejenigen aus, die für das Gelingen des Neujahrsempfangs wie Musik, Auszubildende der Kreiskantine, welche ausschließlich benachteiligte Jugendliche ausbildet und zu Landesmeistern in der Ausbildung macht. Haupt- und Ehrenamt müssen gemeinsam für die Zukunft unseres Kreises wirken. „Das Ehrenamt ist die Zukunft – und mit uns zieht die Zeit“ so Stühmer.

Im Anschluss daran nutzten die vielen Gäste die Gelegenheit zum Austausch und genossen den leckeren Imbiss, der von den Auszubilden der Kreiskantine zubereitet wurde.

Anne Marxen
SPD-Kreisvorstand

AfA Jahreshauptversammlung am 27. Januar im Ruhekrug

An der diesjährigen sehr gut besuchten Jahreshauptversammlung mit einem umfangreichen Programm nahm auch der AfA-Landesvorsitzende Frank Hornschu teil.

Es wurde über 3 weitere Anträge zur AfA Bundeskonferenz, die vom 22. bis 24. April in Duisburg stattfindet, zu den Themen Paritätischen Krankenversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung und zur Pflegekammer beraten und die einstimmig angenommen wurden. Dazu werden noch unsere 6 Anträge von uns hinzukommen, die auf der AfA Landeskonferenz angenommen wurden.

Im Jahr 2016 sollen gemeinsame Veranstaltungen mit der AfA Flensburg und evtl. mit dem DGB Nordwest zum Thema „Prekäre Beschäftigungen“ am Beispiel einer Reinigungsfirma aus FL, die in Böklunder Wurstfabrik bei Beschäftigten den Mindestlohn nicht einhalten, da für diese stets weniger Stunden aufgeschrieben werden. Statt geleistete 112 Stunden werden nur 6 Stunden aufgeschrieben. Dieses Thema wurde von Christian Biermann (ehemaliges KV-Mitglied) an den KV SL-FL geleitet. Es wurde beschlossen, dass zu diesem Thema eine Veranstaltung im 1. Halbjahr 2016, wozu Finn Petersen von der Gewerkschaft NGG Schleswig gewonnen werden soll. Für das 2. Halbjahr 2016 ist eine gemeinsame Veranstaltung zu dem Arbeitsbedingungen im Speditionsgewerbe in der Region geplant, wozu der zuständige ver.di Fachbereichssekretär für Speditionen (FB 10 ver.di) Matthias Pietsch aus Hamburg gewonnen werden soll.

Anne Marxen
Schriftführerin/Öffentlichkeitsarbeit in der AfA SL-FL

AfD – Wolf im Schafspelz?

Die "Alternative für Deutschland", gegründet 2013, möchte eine demokratische, europa- und islamkritische Partei sein, die mit rechtspopulistischen Methoden nach Wähler_innen fischt. Allerdings kämpft sie mit "relativ vielen Einzelfällen" von Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Der Flügelkampf zwischen dem nationalkonservativen und dem wirtschaftsliberalen Flügel entschied sich ab der zweiten Hälfte des Jahres 2015 in die rechte Richtung - zum Teil so weit, dass "rechtspopulisistisch" wie ein Kompliment klingt.
Die AfD bietet keine politischen Lösungsansätze, stattdessen spielt sie mit den Ängsten der Menschen. Die Partei tritt nach eigenem Verständnis an, die Ideologie der etablierten Parteien und der „gleichgeschalteten Medien“ zu enttarnen und den Menschen „echte Wahl-

SPD KV-INTERN

freiheit“ zu eröffnen. Dabei ist es gerade der ideologische Rückgriff, der es ermöglicht die Komplexität der politischen Themen zu reduzieren und simple Lösungen zu liefern.
Die AfD zu wählen bedeutet, eine rückwärtsgewandte, antifeministische, rechtspopulistische und antidemokratische Partei zu wählen. Die WählerInnen geben ihre Stimme heute einer völkisch-nationalistischen Partei, die nichts mehr mit der anfänglichen konservativen eurokritischen Partei zu tun hat, wobei auch diese bereits mit Björn Höcke und Beatrix von Storch einen starken rechtspopulistischen Flügel hatte. In etlichen Positionen will die AfD das Grundgesetz und die demokratischen Freiheiten, die ein Leben in Vielfalt in Deutschland ermöglichen, aussetzen. Wenn der Einzug in vier weitere Landesparlamente gelingt, ist der Einzug in den Bundestag 2017 wahrscheinlich. Es bleibt abzuwarten, ob es der AfD gelingen wird, WählerInnen-Stimmen durch ihre rassistischen und unerträglichen Hetzparolen zu generieren und damit ihre Erzählung vom „Sprachrohr“ der „schweigenden Mehrheit“ zu belegen. Eine fortwährende kritisch-argumentative Auseinandersetzung mit den Positionen der Partei ist wichtig, um den potenziellen WählerInnen klar zu machen, dass sie eben nicht nur eine „demokratiekritische“, sondern teilweise sogar demokratiefeindliche Partei wählen wollen.

Anne Marxen
SPD Kreisvorstand

Beitrag des Kreiskassierers

Liebe Genossinnen, liebe Genossen
in dieser Ausgabe einige Hinweise des Kreiskassierers. Diese Hinweise betreffen zwar in erster Linie die Ortsvereinskassierer, sind aber auch für die restlichen Vorstandsmitglieder eine Überlegung wert.

Aus gegebenem Anlass (und nur aus einem solchen offenbart sich manchmal der geschilderte Sachverhalt) möchte ich euch nochmals an folgendes erinnern:
In jedem Ortsverein finden in festem Turnus Wahlen statt:
Der OV- Vorsitzende wird neu gewählt (oder in seinem Amt bestätigt), Beisitzer ändern sich, der Kassierer wird neu gewählt (oder wiedergewählt) desgleichen der Schriftführer.

Was aber dann im Anschluss leider häufig vergessen wird, sich bei dem entsprechenden Kreditinstitut , bei dem das OV- Konto geführt wird, zu melden und das Protokoll der Sitzung einzureichen, wenn sich die handelnden Personen geändert haben.

Ändert sich nichts (weil die handelnden Personen gleich geblieben sind) lohnt sich trotzdem einmal eine Nachfrage bei der betreffenden Bank/ Sparkasse, wer denn überhaupt Zugriff auf das Konto hat.

Hier ergeben sich (wie kürzlich bei einem Ortsverein festgestellt werden musste) manchmal doch ganz interessante Aspekte. Es waren noch Personen als Bevollmächtigte vorhanden, die schon lange nicht mehr zeichnungsberechtigt waren. Es war schlicht und ergreifend versäumt worden, dem Kreditinstitut eine entsprechende Nachricht über einen Wechsel zukommen zu lassen. Das kann alles gutgehen, kann aber auch manchmal dahingehend enden, das keine der handelnden Personen aus einem Ortsverein mehr einen Kontozugriff hat. (Dieser Sachverhalt, da spreche ich aus meiner beruflichen Praxis, betrifft auch andere Vereine und Verbände, die ein Konto bei einer Bank oder Sparkasse unterhalten).

Für Fragen zu diesem Themenbereich stehe ich euch gerne zur Verfügung:
Am besten per Mail unter
ingo.obst.freienwill@t-online.de

Vielen Dank.

Freundliche Grüße
Euer Kreiskassierer

Besuch des Kreisvorsitzenden und Staatssekretär JHV Steinfeld-Ulsnis

Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis mit Stützpunkt Boren

SPD KV-INTERN

am 3. März 2016 im Landgasthof Jäger´s Ruh in Steinfeld nahmen als Gäste der Staatssekretär Dr. Frank Nägele und der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel teil. Frank Nägele sprach in seinem Grußwort über seine Erfahrungen und Ziele für die ländlichen Räumen an und Ralf Wrobel berichtete über aktuelle Themen aus dem Kreistag als auch des Kreisverbandes.
Im Anschluss nutzten die Anwesenden die Gelegenheit, Fragen und Forderungen an die beiden Gäste zu stellen wie zum Beispiel zu den Themen Neubau Lindaunisbrücke, des schlechten Zustandes der jetzigen Lindaunisbrücke, Prekarität in der Fleischindustrie, ÖPNV, Bundeswasserstraße Schlei, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen und erneuerbare Energien.

Nach den Rechenschaftsberichten der Vorsitzenden Anne Marxen und des OV-Kassierers Jürgen Schacht ehrte Anne Marxen Jochen Rose für seine 30jährige und Maren Nissen für ihre 10jährige Mitgliedschaft. Diese beiden konnten an der Jubilarehrung am 8. November 2015 nicht teilnehmen, da sie sich im Urlaub befanden.
Die Jahreshauptversammlung beschäftigte sich mit der Forderung nach einer besseren Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit und mit dem Asylpaket II.
Anne Marxen

Bezahlbare Wohnungen für alle: Programme werden ausgeweitet

Bei den Bürgermeisterrunden, zu denen ich in den vergangenen Wochen eingeladen hatte, kam das Gespräch immer wieder auf die Wohnungssituation und die Unterbringung von Flüchtlingen, sowie eine damit evtl. zusammenhängende Neiddebatte. Deshalb ist mir wichtig darüber zu informieren, wie die neuen Programme gestaltet sind.

Mit der sozialen Wohnraumförderung sind in Schleswig-Holstein bereits tausende bezahlbare Wohnungen entstanden. Seit Mitte 2013 gibt es die sehr erfolgreiche „Offensive für bezahlbares Wohnen“; hiermit wurden bis Ende 2015 5.300 Wohnungen gefördert, allerdings in den Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten.
Für die Jahre 2015 bis 2018 wurde das Volumen für soziale Wohnraumförderung neu justiert und beträgt 330 Mio. Euro. Damit können rund 4.200 Mietwohnungen mit Sozialbindungen gebaut werden. Besonders stark engagieren sich hier die Baugenossenschaften.
Nun kommt das Sonderprogramm „Erleichtertes Bauen“ hinzu. Es ist ein innovatives Förderprogramm für sozialen Wohnungsbau. Hierfür stehen knapp 400 Mio. Euro an Fördermitteln bereit, mit denen rund 4.000 Mietwohnungen gebaut werden können. Uns geht es darum, dass wir Wohnungen für alle schaffen. Wir werden Flüchtlinge nicht gegen Bürgerinnen und Bürger, die schon lange auf den Wartelisten der Wohnungsämter stehen, ausspielen, sowie andere Parteien das gerne hätten.
Das Sonderprogramm richtet sich an Investoren, die in Partnerschaft mit den örtlichen Kommunen Wohnraum schaffen wollen, aber jede Kommune kann auch selbst wieder sozialen Wohnungsbau schaffen. Sie kann selbst unmittelbar Investor werden oder eine Vereinbarung mit der privaten Wohnungswirtschaft schließen, so dass sie Einfluss auf die Belegung eines Anteils der Wohnungen hat.
Mit der Förderungen können Mietwohnungen für Bürgerinnen und Bürger gebaut werden, die eine Berechtigung für eine Sozialwohnung haben; das gilt auch für Flüchtlinge. Die 4.000 zu errichtenden Wohnungen sind langlebig und von hohem Baustandard, vergleichbar mit der üblichen Bauweise im sozialen Wohnungsbau. Schlichtwohnungsbau wäre hier eindeutig der falsche Weg.
Eine Standortentscheidung wird für die nächsten 80, 100 oder 120 Jahre getroffen. Da stellt sich die Frage an die langfristige Vermietbarkeit dieser Wohnungen, vor allem von Wohnprojekten für Flüchtlinge. Hier bietet das Programm mit dem 2-Phasen-Nutzungs-Modell

SPD KV-INTERN

Sicherheit für die Investoren. Einer ersten Nutzung durch Flüchtlinge kann sich eine Nachnutzung z.B. von Studenten oder Senioren oder von Familien mit Wohnberechtigungsschein anschließen.
Derzeit haben ca. 46.000 Wohnungen eine Belegungsbindung. Trotz sehr guten Ergebnissen der Wohnraumförderung in den letzten Jahren ist die Anzahl der Sozialwohnungen weiter gesunken. Allein in den Jahren 2012 bis 2014 sind fast 26.000 Wohnungen aus der Zweckbindung gefallen. Dies ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass die Bindungen pauschal auf 35 Jahre verkürzt wurden, um die Modernisierung der Bestände zu ermöglichen.
Um schnell einen Impuls für mehr bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, soll die Absenkung von Standards im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden möglich sein. Das gilt allerdings nur für Sonderbauten, die der Unterbringung der Flüchtlinge dienen, und für Wohngebäude, die zu mindestens 20 % mit Flüchtlingen belegt werden. Diese Kopplung finde ich zielführend, da sie Anreize schafft, in den sozialen Wohnraum und den Wohnraum für Flüchtlinge zu investieren.
Deshalb ist es richtig, zeitweilig einige Standards, z.B. bei der Deckenhöhe, Abstellräumen und der Anzahl der PKW-Stellplätze, zurückfahren zu können. Ich halte es für vertretbar, auf Aufzüge und Balkone zunächst zu verzichten. Entscheidend ist dabei, dass die Nachrüstung bereits geplant und die baulichen Voraussetzungen bei der Errichtung berücksichtigt werden. Die Aussetzung der neuesten Energieeinsparverordnung zur Reduzierung von Baukosten lehne ich ab: Wir können nicht auf der einen Seite Wohnungen für Flüchtlinge bauen und auf der anderen Seite mit abgesenkten Ansprüchen an den CO2-Ausstoß verstärkt zum Klimawandel beitragen! Das passt nicht zu uns.
Mir ist besonders wichtig, dass bei der Barrierefreiheit in Wohngebäuden nach Paragraf 52 der Landesbauordnung keine Abstriche vorgenommen werden. Dort heißt es: „In Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen müssen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein. In diesen Wohnungen müssen die Wohn- und Schlafräume, eine Toilette, ein Bad sowie die Küche oder die Kochnische mit dem Rollstuhl zugänglich sein.“
Das ist richtig so, denn gerade der sozial gebundene Wohnraum kommt in erhöhtem Maße den Bevölkerungsgruppen zugute, die auf Barrierefreiheit besonders angewiesen sind. Die Möglichkeit, die Barrierefreiheit einzuschränken, ist im Gesetzentwurf der Landesregierung lediglich für Sonderbauten, z. B. Sammelunterkünfte, vorgesehen. Wohngebäude sind davon nicht betroffen. Der Entwurf geht jetzt in das parlamentarische Verfahren, kann also noch geändert werden. Aber die Barrierefreiheit nach Landesbauordnung steht für mich nicht zur Disposition.
Ich hoffe, ich konnte mit diesen Informationen etwas Klarheit, aber vielleicht auch Anreize schaffen.
Generell sind Sachinformationen immer noch das beste Argument. Es ist erschreckend, dass immer noch so viele Vorurteile rund um die Flüchtlingsfragen herumgeistern. Auf der Seite des Innenministeriums findet ihr aktuelle Informationen zu den Zahlen, aber auch zu praktischen Fragen wie der Gesundheitskarte, Sprachkurse usw. Bei unseren kommunalen Runden, zu denen die Landtagsfraktion regelmäßig ins Landeshaus einlädt, informieren wir euch auch laufend über die Veränderungen.
Selbstverständlich stehe ich euch wie immer auch für alle Fragen zur Verfügung. Je besser wir informiert sind, desto weniger Platz geben wir denen, die Vorurteile zu ihrem Instrument gemacht haben.
2017 sind Landtags – und Bundestagswahlen, 2018 Kommunalwahlen und 2019 Europawahlen. Lasst uns der AfD auch in diesem Kreis deutlich entgegen treten und den braunen Geist in unserem Land wieder vertreiben.
In Eggebek haben wir es mit vielen Akteuren auf unterschiedlichen Wegen geschafft, dass sie ihre „Wahlparty“ am 14.03. wieder absagen mussten. Mit einer friedlichen Demonstration haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt. Es geht also. Ignorieren dürfen wir sie auf keinen Fall!

SPD KV-INTERN

Ich wünsche euch fröhliche und bunte Ostern, einen schönen Start in wärmere und helle Tage.
Seid herzlich gegrüßt
Birte Pauls, MdL

Rechenschaftsbericht AK Soziales der SPD-Kreistagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen, mit dem Kreiswahlprogramm habt ihr der Fraktion und damit den Mitgliedern des Sozialausschusses ein Aufgabenpacket mit auf den Weg gegeben, über dessen Umsetzung wir im Folgenden berichten wollen.

Auftrag:
Wir werden uns, wo es nötig und möglich ist, für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen einsetzen.

Unsere Aktivitäten:
Teilnahme an den gemeinsamen Sitzungen der Sozialausschüsse der Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland und der Stadt Flensburg.

Ergebnisse:
Gemeinsame Nutzung des Alarmierungssystemes. Bereitschaft zur gemeinsamen Klage gegen das Kommunale Finanzausgleichsgesetz.

Auftrag:
Die Stärkung des Ehrenamtes wollen wir durch die Unterstützung von Nachbarschaftsinitiativen, von Jugend-, Senioren- und von Familienbeiräten fördern.

Unsere Aktivitäten:
Antrag im Sozialausschuss auf Einrichtung eines Seniorenbeirates und eines Beirates für Menschen mit Behinderung im Kreis Schleswig-Flensburg. Eigenständiges Erarbeiten eines Satzungsentwurfes, ohne Hilfe der Verwaltung. Einbringen des Entwurfes in den Sozialausschuss.

Ergebnis:
Mehrheitliche Beschlussfassung zur Einführung, dann aber Ablehnung im Kreistag durch die Mehrheit von CDU, FDP und Co in der Sitzung vom 17.12.2014

Auftrag:
Arbeitslosen Perspektive(n) geben / der Kreis als Optionskommune

Unsere Aktivitäten:
Seit Jahren kritisiert die SPD die schleppende Entwicklung der Optionsausübung im Kreis Schleswig-Flensburg. Bereits in den letzten zwei Legislaturperioden haben wir daher zahlreiche Anträge zur Optimierung gestellt. Leider wurden diese durch die CDU/FDP Mehrheit immer wieder abgelehnt.
Erst nach der Amtsübernahme des heutigen Landrates Herrn Buschmann, erfolgte eine Neuausrichtung unter neuer Leitung im Fachbereich. Viele unserer Vorschläge werden jetzt umgesetzt.
Gerade in dieser Phase, in denen sich erste Erfolge zeigen, versuchte die bürgerliche Mehrheit die Option an die Wand zu fahren. Eine Abgabe der Aufgabe und eine Übertragung auf die Bundesagentur für Arbeit wurden vorangetrieben. Hier sind wir entschieden auf der Seite der Verwaltung und deren Mitarbeiter und haben diesem Vorhaben widersprochen. Wir haben einer Neuausrichtung zugestimmt und werden diesem Schritt kritisch begleiten.
Zur Bewertung der Fortschritte der Option haben wir an zwei Workshops zur Erarbeitung von Kriterien zur Bewertung der Option teilgenommen und damit zu einem objektiven Verfahren beigetragen, das unabhängig von politischen „Weltanschauungen“ eine Entscheidung für die Zukunft ermöglicht.

Ergebnis:
Weiterführung der Option und Überprüfung der Resultate Ende 2016 mit Zustimmung aller Parteien! Heute (Stand 01/2016) sehen wir deutliche Fortschritte und erste vielversprechende Erfolge des „neuen Weges“. Der Kreis Schleswig-Flensburg hat die „rote Laterne“ in allen Bereich der Arbeitsmarktpolitik abgegeben und sich in vielen Bereichen als Vorreiter

einer neuen Idee etabliert. Dies spüren wir besonders im Bereich der Integration in den Arbeitsmarkt, also den klassischen Arbeitslosenzahlen. Auch die deutlich zurückgegangene Zahl der Bedarfsgemeinschaften (März 2014: 7702 – Jan 2016: 7231 - trotz ca. 210 Flüchtlinge, die in den SGBII-Bezug gekommen sind) im Kreis zeigt diesen positiven Trend. Als letzter Punkt des positiven Trends sei die Veränderung des Bestands an Langzeitleistungsbeziehern zu nennen. Hier hat der Kreis im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt in Schleswig-Holstein deutlich positiver abgeschnitten und auch bei dem Vergleich mit ähnlich strukturierten Gebieten die Nase vorne. Ein Umstand, der unseren Menschen zu Gute kommt!

Unsere Arbeit ohne eine Erwähnung im Kreistagswahlprogramm:

- Antrag zur Einführung der "einfachen Sprache" für alle Schreiben, Publikationen, Bescheide des Kreises. Angenommen im Kreistag, derzeit in der Erarbeitung mit Hilfe externer Berater.
- Kontakt zu Sprechern von Menschen mit Behinderung. Ziel die demokratische Teilhabe an der Gesellschaft zu erklären und das Wahlsystem zu nutzen. Diese Initiative bedeutet eine überparteiliche Darstellung unseres politischen Systems und die Motivation das aktive und passive Wahlrecht wahrzunehmen.
- Mitarbeit am Sozialbericht 2015 des Kreises Schleswig-Flensburg. Dieses umfangreiche Zahlen- und Datenwerk gibt der Politik einen Überblick über die wichtigsten Parameter in unserem Kreis. Für die Bevölkerung ist er auf der Homepage des Kreises www.schleswig-flensburg.de herunterladbar.

Für den Arbeitskreis
Dirk Peddinghaus und Inke Asmussen
SPD-Kreistagsfraktion

Bericht unserer Kreis-AfB

1. Nordkonferenz am 9.1.2016 in Schwerin

Das Jahr 2016 begann gleich mit einem Termin für die Kreis-AfB-Vorstandsmitglieder Christine Pluhar und Hans-Werner Johannsen. Unser Landesvorsitzender Ulf Daude hatte AfBler aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zu einer Klausur nach Schwerin eingeladen. Schwerpunkt war das Thema Zentralabitur, bei dem Mecklenburg-Vorpommern in der KMK die entsprechende Arbeitsgruppe leitet. Es geht um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Dazu will man in einem ersten Schritt die Zahl der Abiturfächer, die Bewertungsmaßstäbe und die Anforderungen an die Studierfähigkeit koordinieren. Wir Nordlichter meinen aber, dass es wichtigere Themen gibt!

2. AfB-Landeskonferenz am 16.1.2016 in Kiel

Im Mittelpunkt der Landeskonferenz stand die Wahl eines neuen AfB-Landesvorstandes. Ulf Daude wurde als Landesvorsitzender einstimmig bestätigt. Erfreulich aus Sicht unserer Kreis-AfB ist die Wahl von Elke Krüger-Krapoth zur stellvertretenden Landesvorsitzenden. Inhaltlicher Schwerpunkt war die berufliche Bildung mit den Themen Jugendberufsagenturen und einem eigenständigen schleswig-holsteinischen Institut für Berufliche Bildung (SHIBB), das in der nächsten Wahlperiode eingerichtet werden soll. Unser Glückwunsch geht an Elke, der wir viel Erfolg bei ihrer Arbeit wünschen!

3. AfB-Kreisvorstandsitzung am 1.2.2016 in Schleswig

Auf unserer ersten Vorstandssitzung in diesem Jahr haben wir uns mit den Themen „Bildungskosten für Eltern“, dem DAZ-Klassen-Angebot im Kreisgebiet und dem Leitantrag vom Landesvorstand für den Landesparteitag beschäftigt. Dieser ist aus unserer Sicht im Bereich Bildung zu „weichgespült“. Schulfrieden, eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung und die verbesserten Übergänge in die berufliche Bildung können alle Parteien auf ihre Fahnen schreiben. Es fehlt die sozialdemokratische Handschrift!

4. Gesprächskreis „Inklusive Bildung“

Seit über zwei Jahrzehnten ist die Integration / Inklusion ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Bildungspolitik und soll es nach unserer

SPD KV-INTERN

Meinung auch bleiben. Unter den Flächenländern hat Schleswig-Holstein die höchste Inklusionsquote und hat mit der gerade eingeführten Schulassistenz an den Grundschulen ein vorbildliches Unterstützungssystem hinzugefügt. Wir sind der Meinung, dass die Inklusion aber weiter ein Thema bleiben muss. Deshalb laden wir unter der Federführung von Christine Pluhar zu einem „Arbeitskreis Inklusive Bildung“ ein. Die Sitzungen werden im Kreisbüro in Schleswig stattfinden und sind parteiöffentlich. Die erste Sitzung wird am Freitag, 11. März 2016 um 18 Uhr stattfinden. Interessierte sind herzlich willkommen!

5. Stärkung der Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschule ist „ein Kind“ der AfB. Ohne unser stetiges Bohren dicker Bretter hätten wir heute kein zweigliedriges Schulsystem in der SEK I in SH, um das wir bundesweit beneidet werden. Beide allgemeinbildenden Schularten (GemS und Gym) führen zum Abitur. Allerdings beisitzen nur 41 von 181 Gemeinschaftsschulen eine eigene Oberstufe. Zwar gibt es Kooperationsvereinbarungen mit den Oberstufenschulen (GemS mit Oberstufen, Gymnasien, berufliche Gymnasien). Aber schon die Gemeinschaftsschulverordnung (GemVO) „diskriminiert“ unserer Meinung nach an verschiedenen Stellen die „kleinen“ Gemeinschaftsschulen und sollte deshalb dringend überarbeitet werden. Leider ist das Bildungsministerium bisher nicht dieser Auffassung! Zusammen mit den Kreisverbänden aus Nordfriesland und Flensburg wollen wir deshalb einen entsprechenden Antrag in den kommenden Landesparteitag im April einbringen. Auch die JUSOS unterstützen unseren Antrag auf der Landesebene. Sollte das nicht möglich sein, wollen wir unseren Antrag in das Wahlprogramm mit eingebracht wissen (siehe unten).

6. Drittes Dagebüller Gespräch am 5.3.2016

Unser nun schon drittes Dagebüller Gespräch der drei Nord AfBs (NF/FL/SL-FL) sollte nach Meinung der Teilnehmer eine Ganztagesklausur der Vorstände werden, damit wichtige Bildungsthemen ausführlicher als bisher diskutiert werden können. Beschäftigt haben wir uns mit dem Vorstandsentwurf zum Auftakt der Diskussion für ein Regierungsprogramm (Leitantrag) für die kommende Wahlperiode, den uns Birte Pauls (MdL) erläuterte. Hier wollen wir besonderen Wert darauf legen, dass die „kleinen Gemeinschaftsschulen“ rechtlich den „großen“ gleichgestellt werden. Einen entsprechenden Passus werden wir in das Wahlprogramm einbringen. Weiter im Focus standen die Themen Digitale Bildung und die Inklusion. Unser Antrag zum digitalen Lernen wird nach den Worten von Ulf Daude auch auf der Bundesebene diskutiert werden und an den Landesparteitag weitergereicht. Christine Pluhar präsentierte einen Überblick über die aktuellen Zahlen zur Inklusion und Exklusion in den Bundesländern Das nächste Dagebüller Gespräch wird am 17. September stattfinden.

Für den AfB-Vorstand: Hans-Werner Johannsen

Regionalkonferenz in Schleswig zum Thema Gerechtigkeit

Die erste von vier Regionalkonferenzen fand am 8.3.2016 bei uns im Kreis Schleswig-Flensburg statt.

Die Veranstaltung war mit etwa 100 Gästen sehr gut besucht, auch viele Mandatsträger waren anwesend und diskutierten zu den Themen Familie, Arbeit und Bildung eifrig mit.

Unser Ministerpräsident, der ca 20 Minuten vor offiziellem Veranstaltungsbeginn eintraf, begrüßte nahezu alle Anwesenden persönlich und man merkte, dass es ihm wirklich ein Anliegen ist, das künftige Wahlprogramm auf eine breite Basis zu stellen.

Nach einer kurzen Einführung von der Journalistin Ulrike Foggen aus Berlin folgte ein Referat unseres Landesvorsitzenden Ralf Stegner. Darin betonte er besonders, dass es nicht für alles einfache Antworten gäbe, die GroKo die Ziele der SPD in kleinen Schritten voranbrächte und die SPD „DIE“ Partei der sozialen Ge-

SPD KV-INTERN

rechtigkeit sei – immerhin seit mehr als 100 Jahren.
Diesen Punkt nahm auch Thorsten Albig in seinen darauf folgenden Ausführungen auf.
Besonders betonte er, dass die Menschen in unserem Land ein hohes Gefühl des Zusammenstehens und Auf-einander-aufpassens auszeichnet. Deutschland war nie wirtschaftlich stärker und wird die Herausforderungen der Gegenwart meistern.

Darauf folgte eine leider mit 20 Minuten etwas kurz bemessene Diskussion aller Anwesenden zu den Themen Familie, Arbeit und Bildung, deren Ergebnisse am Ende der Veranstaltung visualisiert wurden und Eingang ins nächste Wahlprogramm finden.
Im Bereich Bildung stand die Forderung nach mehr Bildungsgerechtigkeit im Vordergrund. Besonders auffällig ist, dass in Nordfriesland nur 22% eines Jahrgangs das Abitur ablegen, in Stormarn allerdings 46%.
Den öffentlichen Dienst wünschen sich die Mitglieder als Vorreiter für „gute Arbeit“ – insbesondere, was Zeitverträge und gerechte Entlohnung betrifft.
Dir Förderung der Familien soll von der Kita bis zur Pflege gerechter gestaltet werden. Hilfen sollen direkt bei den Kindern ankommen.
Eine zentrale Forderung für alle Bereiche ist die leichte Sprache, um allen Teilen der Bevölkerung zu ermöglichen, Briefe der Verwaltungen überhaupt erst zu verstehen

Insgesamt kann unser Kreis auf eine gelungene Veranstaltung zurückblicken, für die unser Ministerpräsident folgendes Schlusswort fand „Die Gerechtigkeitsdebatte führen wir nicht als Antwort auf die AfD, sondern aus 150jähriger Tradition heraus“

Kerstin Hansen; OV-Vorsitzende
Langballig

Impressum:
Herausgeber:
SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg
Königstraße 4,
24837 Schleswig,
Telefon 04621-27110
KV-Schleswig-Flensburg@spd.de
www.spd-schleswig-flensburg.de
V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender der SPD Schleswig-Flensburg
Redaktion: Anne Marxen, Ingo Obst und Karsten Stühmer
Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen außer Verantwortung der Redaktion.